

---

## Resolution des CESI-Berufsrats 'Post und Telekom' zur Verbesserung von Beschäftigungsverhältnissen in der EU

---

### Eindämmung von prekärer Beschäftigung!

Wir beobachten in den EU-Mitgliedsstaaten einen Trend, wonach es für Beschäftigungssuchende auf dem Arbeitsmarkt zunehmend schwerer wird eine gut bezahlte, unbefristete Vollzeitarbeitsstelle zu finden. Die atypische Beschäftigung – unter diese Begrifflichkeit fallen alle Leih-/Zeitarbeits-, geringfügige- („Minijobs“) und befristete- Beschäftigungsverhältnisse sowie generell Teilzeitbeschäftigung – breitet sich signifikant aus. Nicht wenige Unternehmen bedienen sich in Deutschland – zumeist rechtswidrig – dem Instrument der „Kettenbefristung“, das heißt bei Betroffenen reiht sich über Jahre ein befristeter Arbeitsvertrag an den nächsten. Mittlerweile ist in Deutschland bereits jeder dritte Job atypisch. Mehr noch: Viele dieser Stellen sind prekär, das heißt schlecht entlohnt mit eingeschränkten Arbeitnehmerrechten und fehlender Entwicklungsperspektive für Mitarbeiter.

Wir befürchten, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse – diese kommen auch in den Branchen Post und Telekommunikation, gerade bei so genannten Subunternehmen vor – im Rahmen künftiger Digitalisierungsprozesse weiter zunehmen werden. So verdient mehr als jeder zweite „Minijobber“ (64,9 Prozent) unterhalb der Niedriglohnschwelle von 10 Euro brutto pro Stunde. 33,9 Prozent der befristeten Mitarbeiter ebenso. Besonders Frauen sind häufig von prekärer Beschäftigung betroffen. So liegt der Anteil der Niedriglohnbezieherinnen unter allen Arbeitnehmerinnen mit 27 Prozent wesentlich höher als der entsprechende Anteil bei Männern (16 Prozent). Auch junge Menschen sind zunehmend Opfer dieser Fehlentwicklung. So bezieht nahezu jeder zweite Beschäftigte im Alter von 15 bis 24 Jahren (Auszubildende nicht eingerechnet) einen Niedriglohn.

In den vergangenen Jahren wurde prekäre Arbeit indirekt gefördert, indem atypische Beschäftigung zur arbeitsmarktpolitischen Strategie erklärt wurde. Ziel war möglichst jeden Suchenden in Arbeit zu bringen. Jedoch wurde dabei versäumt auf die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse zu achten. Die negativen Folgen sind heute spürbar. Löhne sinken, Arbeitsplatzsicherheit schwindet, es entsteht eine neue Armut trotz Arbeit. Aufgrund dessen ist es für Viele mit einem hohen Risiko verbunden eine Familie zu gründen und – insbesondere, wenn sie es doch tun – fast unmöglich einen gewissen Wohlstand aufbauen. Schon jetzt lässt sich absehen, dass Menschen, trotz langjähriger beruflicher Tätigkeit, ihr Alter in Armut verbringen müssen.

Auch Sozialversicherungen tragen schwer unter der Last von sich ausbreitender prekärer Beschäftigung, weil ihre Einnahmen wegen der niedrigen und zudem unregelmäßig gezahlten Löhne deutlich zurückgehen.

#### **Der Berufsrat Post und Telekom setzt sich dafür ein,**

- dass prekäre Beschäftigung EU-weit zugunsten von Existenz sichernder Arbeitsplätze abgebaut wird. Wer arbeitet, muss von seinem Einkommen leben und Arbeitsplatzsicherheit sowie Arbeitnehmerschutzrechte genießen können.

#### **Der Berufsrat Post und Telekom fordert von der Gesetzgebung,**

- prekäre Beschäftigung einzudämmen. So dürfen zum Beispiel „Minijobs“ künftig nicht mehr gefördert werden und jede Arbeitsstunde muss der vollen Sozialversicherungs- und Steuerpflicht unterliegen.
- dass im Zusammenhang mit Leiharbeit das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ab dem ersten Einsatztag ohne Ausnahme gelten muss. Langfristig muss die Leiharbeit verboten werden.
- dass befristete Arbeitsverhältnisse nur im Ausnahmefall zulässig sein dürfen und Kettenbefristungen generell verboten gehören.
- dass in der EU ein europäischer Mindestlohn eingeführt wird, welcher sich unter Berücksichtigung nationaler Gegebenheiten grundsätzlich an der Zielgröße für Deutschland in Höhe von 12€ ausrichten muss.